

„Bildung“ und „Arbeit“ waren gefragte Themen:

Gut besuchte Integrationsgespräche

Die letzten beiden Veranstaltungen der Reihe ZusammenReden von der Caritas und der Stadt Wiener Neustadt zeigten, wie untrennbar Bildung und Arbeit mit dem Integrationsthema verknüpft sind.

„Integration durch Bildung“

Rund 100 ZuhörerInnen verfolgten am 22. April die dritte Veranstaltung der Reihe ZusammenReden, den Wiener Neustädter Integrationsgesprächen. Im Musiksaal des BORG diskutierten Rüdiger Teutsch vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, Barbara Herzog-Punzenberger vom Institut für Integrationsforschung an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Andreas Salcher, Vizepräsident der Sir Karl Popper-Schule und Buchautor, die Linguistin Katharina Brizic und die Direktorin der Volksschule Baumkirchenering, Eva Maria Kofler, unter der Moderation von Markus Grubinger von der Caritas.

Publikumsandrang und Dauer der Diskussion zeigten das rege Interesse am Thema. Einig war man sich auf dem Podium noch über eine Reihe von Problemen im Schulbereich. Über die Ursachen dieser Probleme wurde jedoch teilweise ebenso kontroversell diskutiert, wie über Lösungsstrategien. Einig waren sich die DiskussionsteilnehmerInnen etwa darüber, dass soziale Herkunft im österreichischen Schulsystem wesentlich entscheidender für den Erfolg ist, als etwa Leistung und Talent. Kinder von MigrantInnen, ebenso wie andere Kinder aus bildungsfernen und ärmeren Schichten, schaffen es wesentlich unwahrscheinlicher zur Matura, als Kinder aus dem Bildungsbürgertum, und das völlig unabhängig von individuellen Begabungen.

Während Andreas Salcher daraus die Konsequenz einer sehr leistungsorientierten Schule zieht, sahen Barbara Herzog-Punzenberger und Katharina Brizic die Lösung in einer Gesamtschule – also eine Abkehr von der frühen Selektion von SchülerInnen im Bildungsweg.

Eva Maria Kofler brachte vor allem das Gefühl vieler LehrerInnen und DirektorInnen zum Ausdruck, von der Politik mit Problemen allein gelassen zu werden.

Auch Rüdiger Teutsch räumte hier Versäumnisse des Ministerium ein und lud Kofler zu einem ExpertInnengespräch ins Ministerium ein. Als neuer Abteilungsleiter der Abteilung „Migration, interkulturelle Bildung, Sprachenpolitik“ müsse er „auch nicht alles gut finden“ was vom Ministerium bisher so gemacht worden wäre.

Kontrovers wurde es schließlich erneut bei der Frage des Sonderpädagogischen Betreuungsbedarfs. Brizic und Herzog-Punzenberger belegten mit entsprechenden Zahlen, dass die Wahrscheinlichkeit, in den so genannten Sonderpädagogischen Betreuungsbedarf zu gelangen, bei Kindern mit Migrationshintergrund deutlich höher sei. Der Kritik Brizics, dass überforderte LehrerInnen sich offensichtlich oft nicht mehr anders zu helfen wüssten, wurde von Kofler heftig widersprochen. An ihrer Schule könne sie dies auf jeden Fall ausschließen, der Sonderpädagogische Betreuungsbedarf wäre in vielen Fällen das adäquate Instrument, Kinder in der Klasse zu behalten. Das Ziel wäre jedoch immer, die Kinder wieder in den Unterricht zu integrieren.

Einig war man sich schließlich wieder, dass viel zu spät mit Bildung begonnen würde. Bereits der Kindergarten müsse als Bildungseinrichtung fungieren, in dem Kinder insbesondere im Spracherwerb gefördert würden. Einig waren sich sämtliche PodiumsteilnehmerInnen auch in der Bedeutung der Muttersprache für Kinder mit Migrationshintergrund. Erst die gute Beherrschung der Erstsprache ermögliche das Erlernen der Zweitsprache.

Hier würde auch noch zu wenig Wert auf den muttersprachlichen Unterricht gelegt. Da dieser manchmal zentral nur an einer Schule angeboten wird, melden viele Eltern ihre Kinder vom muttersprachlichen Unterricht ab, mit dem Resultat, dass es in Wiener Neustadt derzeit ausschließlich muttersprachlichen Unterricht in Türkisch gäbe. Ein besonderes Problem bilden Sprachen, die im Mutterland keine Amtssprachen und damit wenig standardisiert sind.

„Arbeitsmarkt und Integration“

Auch die vierte Veranstaltung vom 20. Mai zum Thema Arbeitsmarkt und Integration war gut besucht. Im vollen Saal des Arbeitsmarktservice (AMS) diskutierten Midhat Durak von der Beratungsstelle Horizont, Anna Spinka von der Industriellenvereinigung (IV), Konstantin Wacker von der Arbeiterkammer NÖ, Karl Fakler von der AMS-Landesgeschäftsstelle NÖ und Mehmet Soytürk vom ÖGB.

Zu Beginn übte Fakler Kritik an der



ZusammenReden über „Arbeitsmarkt und Integration“: Integrationsstadtrat Andreas Krenauer, Mehmet Soytürk, ÖGB, Anna Spinka, Industriellenvereinigung, Midhat Durak, Beratungsstelle Horizont, Konstantin Wacker, AKNÖ, Karl Fakler, AMS NÖ, und Integrationsbeauftragte Maria Zwickelhuber (v.l.n.r.).

Politik, die sich von einer „bestimmten Partei“ vor sich hertreiben lasse und damit immer kompliziertere Regelungen zu Ungunsten ausländischer ArbeiterInnen erlassen habe. In Niederösterreich hätten 2008 rund 61.000 Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft gearbeitet, die großteils Tätigkeiten ausführen würden, die Österreicher nicht machen würden - vom Erntehelfer über Putzpersonal bis zu schwerer Bau- und Industriearbeit.

Durak berichtete v.a. von der Praxis der Beratungstätigkeit und schilderte die Auswirkungen dieser komplizierten Regelungen auf konkrete Menschen.

Wacker von der AK betonte, dass Arbeit nicht nur eine finanzielle Komponente besitzt, sondern auch wichtige integrative Momente für eine Gesellschaft beinhaltet.

Soytürk erklärte, dass sich aus Sicht der Gewerkschaften 2006 mit der Einführung des passiven Betriebsratswahlrechts für Drittstaatsangehörige massive Änderungen ergeben hätten und nun auch eine Reihe von MigrantInnen als Betriebsräte tätig wären. Der ÖGB hätte durch die Interessensgemeinschaft work@migration einiges dazugelernt. So sei vor Kurzem ein Antrag von work@migration durchgegangen, dass sich der ÖGB für eine Arbeitsgenehmigung für AsylwerberInnen einsetze.

Auch Anna Spinka betonte, dass sich die Industriellenvereinigung für eine Arbeitsgenehmigung für AsylwerberInnen einsetze und einen geregelten Zugang weiterer Arbeitskräfte befürworte. Die IV habe dazu schon konkrete Vorschläge gemacht, Spinka betonte, dass die Arbeitsmigration wesentlich das Wirtschaftswachstum der 1970er-Jahre ermöglicht habe.

In der Frage des Zugangs zum Arbeitsmarkt für AsylwerberInnen, die oft jahrelang ohne Arbeitsmöglichkeit auf den Ausgang ihrer Verfahren warten müssen, erklärten alle anwesenden VertreterInnen der Sozialpartner, dass dieser nur aus Angst vor den damit verbundenen politischen Debatten nicht umgesetzt werde. Es handle sich dabei ohnehin um eine geringe Zahl an Personen, die leicht in den Arbeitsmarkt integriert werden könnten.

Einig war man sich über die Bedeutung eines gesicherten Zugangs zum Arbeitsmarkt für MigrantInnen für die Integration. Differenzen gab es in der Frage, wie ein möglicher Neuzugang von MigrantInnen zu gestalten wäre und wie jenen österreichischen ArbeiterInnen die Ängste genommen werden könnte, dadurch vom Arbeitsmarkt verdrängt zu werden.

Einig war man sich in der Notwendigkeit von Qualifizierungsmaßnahmen und der Vereinfachung von Nostrifizierungen bzw. der Anerkennung von im Heimatland erworbenen Ausbildungen in Österreich. Viele hoch qualifizierte Arbeitskräfte würden hier weit unter ihrem Niveau eingesetzt werden und damit auch der Wirtschaft fehlen.

Beide gemeinsam von der Stadt und der Caritas organisierten Veranstaltungen machten einmal mehr nicht nur die Bedeutung von Bildung und Arbeit für die Integration deutlich, sondern auch die Notwendigkeit, Probleme und Differenzen offen anzusprechen, um diese lösen zu können.

Weitere Informationen zur Veranstaltungsreihe und die bisherigen Veranstaltungen zum Nachhören finden sie unter www.zusammenreden.net.